

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Ein gefährliches Vakuum

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1958) : Ein gefährliches Vakuum, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 38, Iss. 9, pp. 486-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132685>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Pflege natürlicher Reichtumsquellen im Zeichen der Marktwirtschaft?

Von einem Wirtschaftspolitiker:

Der Versuch, „geschützte Bereiche“ zu schaffen

Es wäre eine dankbare Aufgabe, festzustellen, wieviel von der alten physiokratischen Lehre von der alleinigen Produktivität des Bodens noch in den heutigen Vorstellungen über den Wert der natürlichen Bodenschätze herumgeistert. Jedem, der das nationalökonomische ABC gelernt hat, ist geläufig, daß selbst die technisch förderbaren Bodenschätze nur dann einen wirtschaftlichen Wert darstellen, wenn sie in Kombination mit Kapital und Arbeit ans Tageslicht gebracht einen Erlös erzielen, der größer oder zumindest ebenso groß ist wie der Wert der zu ihrer Förderung benötigten Produktionsfaktoren.

Eine „scheinbare“ Wertschöpfung

Solange man den internationalen Wirtschaftsaustausch als eine selbstverständliche Sache ansieht, stehen die Bodenschätze der anderen Länder mit den eigenen im Wettbewerb, und solange sie in einem andern Land mit geringerem Aufwand an Produktionsfaktoren gefördert werden können, sind die heimischen zwar von einem technischen Interesse, aber ohne wirtschaftlichen Wert, geschweige denn eine Quelle des Reichtums. Solche „Bodenschätze“ werden zwar immer der Gegenstand erneuter Versuche sein, sie wirtschaftlich zu fördern, aber solange das nicht durch neue technische Verfahren ermöglicht wird, bleiben sie wirtschaftlich ohne Belang.

Es gibt nun ein sehr einfaches Mittel, solche wertlosen „Schätze“ beinahe über Nacht zu einer schein-

baren Quelle des Reichtums und zu wirklichen Bodenschätzen zu machen. Dieses Verfahren, das häufig genug in der Geschichte des Bergbaues angewendet wurde, besteht in der mehr oder weniger strikten Abschnürung des heimischen Marktes von der ausländischen Konkurrenz. Indem durch eine solche Verknappung das eigene Produkt teurer gemacht wird, erhalten auch die bisher nur fiktiven Bodenschätze einen tatsächlichen Marktwert. Ein sehr simples Verfahren, für die eigene Volkswirtschaft neue Werte zu schaffen.

Aber jeder, der nur wenig in volkswirtschaftlichen Kategorien zu denken gewohnt ist, weiß, daß ein so erzeugter Reichtum zwar die Eigentümer des fraglichen Grund und Bodens einschließlich seiner „Schätze“ bereichert und allenfalls auch die Situation des Kapitals und der Arbeit, die zur Förderung verwendet werden, verbessert — aber nur dann, wenn für diese beiden Produktionsfaktoren nicht anderweitige Verwendungsmöglichkeiten bestehen —, jedoch nicht der Volkswirtschaft als Ganzem zugute kommt. Für die Gesamtheit ist mit einer solchen pfiffigen Werteschöpfung vielmehr eine Wohlstandsminderung verbunden.

Deutsche Kohle wettbewerbsfähig

Diese grundsätzlichen Überlegungen sind seit Adam Smith und David Ricardo geläufig und brauchten hier nicht wiederholt zu werden, wenn es vielleicht nicht doch nützlich wäre, sie in der aktuellen Koh-

lendebatte bewußt überspitzt in Erinnerung zu rufen. Bewußt überspitzt nur insofern, als der deutsche Kohlenbergbau sich nicht in der schwierigen Situation befindet, nur durch Schutz vor der Konkurrenz ausländischer Kohle oder anderer in- oder ausländischer Energiearten wettbewerbsfähig zu sein und einen tatsächlichen volkswirtschaftlichen Wert darzustellen. Die letzten Jahre, in denen die heimische Kohlenförderung in zunehmendem Maße einem solchen vielfachen Wettbewerb ausgesetzt wurde, haben seine Wettbewerbsfähigkeit bewiesen. Die seit einiger Zeit wachsenden Kohlenhalden sind kein Anlaß, zu befürchten, die heimische Kohle würde zu einem wertlosen Objekt herabsinken, das zu fördern sich nicht mehr lohne.

Es sind vielmehr wohl zwei Dinge, die das aktuelle Problem hervorgerufen haben. Einmal die bei der Kohle beinahe typischen Marktschwankungen, die eine ziemlich strenge Parallelität zu den Schwankungen der Investitionstätigkeit aufweisen. Diese von der Produktion der Kohleverbraucher abhängigen Fluktuationen der Nachfrage werden manchmal noch verstärkt durch deren Bevorratungspolitik, wobei man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß die Preis- und allgemeine Absatzpolitik unseres Kohlenbergbaues die Schwankungen in der Bevorratung der Verbraucher noch verstärkt hat. Es wäre äußerst verwunderlich, wenn nicht in absehbarer Zeit mit einer wiederauflebenden Investitionstätigkeit auch der gesamte Energiebedarf und die

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

Bevorratungsdispositionen der Verbraucher so beeinflusst würden, daß die heutigen Sorgen des Kohlenbergbaues wieder verschwinden. Vor noch gar nicht langer Zeit wurde in sorgfältig und „uninteressiert“ durchgeführten Untersuchungen über die vermutliche Entwicklung der Energienachfrage von einer allgemeinen Tendenz ständiger und ernster Knappheit an Energie, und zwar auch in der Form von Kohle, gesprochen.

Sicherlich hat sich die Situation für den heimischen Kohlenbergbau insofern geändert, als neue Energieformen auf den Markt gekommen sind und auch bei uns einen wachsenden Anteil am Zuwachs der gesamten Energieversorgung bereitstellen. Aber dieser längerfristige Trend hat nur sehr wenig mit der aktuellen Lage des Kohlenbergbaues etwas zu tun, und eine Erschwerung des Bezugs von Heizöl würde die heimische Kohle nicht von ihren aktuellen Problemen befreien.

Mögliche Lösungen

Was könnte also getan werden? Das Aussetzen der facto-Liberalisierung der Kohleneinfuhr könnte vermutlich nach einiger Zeit Hilfe bringen, — jedenfalls für den Kohlenbergbau, nicht aber für die deutsche Wirtschaftspolitik. Die internationale Zusammenarbeit ist erfreulicherweise so effektiv geworden, daß ein größeres und im internationalen Handelsverkehr auch nur einigermaßen mitzählen-

des Land nicht mehr ohne weiteres durch autonome Entscheidungen seine eigenen Schwierigkeiten auf andere Länder übertragen kann. Die Bundesrepublik als drittgrößte Handelsnation kann sich jedenfalls Entscheidungen solcher Art nicht leisten, ohne das Risiko ernster handelspolitischer und in gewissem Umfang auch politischer Konsequenzen einzugehen. Man wird also nach Lösungsmöglichkeiten suchen müssen, die sowohl die Marktschwankungen zu mildern geeignet sind als auch dem Auftreten neuer Energieformen und deren Konkurrenz Rechnung tragen. „Preis- und Absatzpolitik“ und „Randzehen“ sind hier die Stichworte. Hinzutreten müßte der Versuch einer etwas größeren Elastizität der Förderung. Erstaunlicherweise werden aber solche immer wieder an den Kohlenbergbau herangetragenen Anregungen abgewiesen. Ist es dann erstaunlich, wenn die Vermutung wach wird, es werde der Versuch unternommen, die augenblickliche, gewiß nicht sehr schöne Situation zu benutzen, um ähnlich wie in der Landwirtschaft so auch für die Kohle irgendetwas wie einen geschützten Bereich durchzusetzen, indem der heimischen Kohle die Grundlast der Energieversorgung „zugewiesen“ wird und die Konkurrenz, sei es der ausländischen Kohle, sei es der anderen Energiearten, auf die Rolle abgedrängt wird, je nach Bedarf die Spitzenlast zu decken? (R. H. G.)

stung der in ihr wohnenden Menschen, auf den Grad der Technisierung, die die physische Arbeitskraft des Einzelnen vervielfältigen kann, auf die natürlichen Gegebenheiten der wirtschaftlich nutzbaren Bodenfläche, auf den wirtschaftlich verwertbaren Bodenschätzen und auf den Grad der verkehrswirtschaftlichen Erschließung. Jede wirtschaftliche Arbeitsleistung ist objektbezogen: sie besteht entweder in der wirtschaftlichen Ausnützung der Bodenfläche, in der Verarbeitung von Rohstoffen zu wirtschaftlichen Gütern oder in den zahlreichen Dienstleistungen, die das Zusammenleben von Menschen und die Verteilung von Gütern erfordern.

In einem geschlossenen Handelsstaat stellen die bodenständigen Reichtümer (landwirtschaftlich nutzbarer Boden, wirtschaftlich nutzbare Forstfläche, Fischgründe und Bodenvorkommen) die einzigen Wirtschaftsobjekte dar, die sich der menschlichen Arbeitsleistung zur wirtschaftlichen Versorgung ihrer Bewohner anbieten. Als wirtschaftlich können aber nur die natürlichen Gegebenheiten angesprochen werden, die mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte der wirtschaftlichen Versorgung nutzbar gemacht werden können, nur sie bilden die natürlichen Reichtumsquellen. Bodenschätze und Ländereien, die nicht der Nutzung unterworfen werden können, sind wirtschaftlich wertlos.

Weltwirtschaftliche Verflechtung und Wirtschaftlichkeit

Die weltwirtschaftliche Verflechtung hat viele traditionelle Reichtumsquellen ihrer Wirtschaftlichkeit beraubt. Wir haben überall in der Welt ungenutzte Böden, deren Nutzung im Verhältnis zu anderen zur Verfügung stehenden Böden unwirtschaftlich ist, wir haben überall in der Welt aufgegeben und unerschlossene Bodenvorkommen, deren Ausbeute im Verhältnis zu anderen vorhandenen Bodenvorkommen unwirtschaftlich ist. Unter dem System einer weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung müßte unter dem Gesetz der maximalen Wirtschaftlichkeit jeder Boden und jedes Bodenvorkommen brachliegen, deren Nutzung höhere Grenzkosten ver-

Aus soziologischem Aspekt:

Die Pflege natürlicher Reichtumsquellen als Strukturproblem

Die Welt ist arm und reich zugleich: das bezieht sich nicht nur auf politische und wirtschaftliche Tatbestände, sondern ebenso sehr auf die kulturelle Schöpfung, auf das geistige und seelische Innenleben von Individuum und Gemeinschaft. Wir brauchen nur an die alten Hochkulturen zu denken, um zu erkennen, daß der Reichtum des Lebens sich nicht im materiellen Wohlstand erschöpft. Die Ökonomisierung des Denkens im Industriezeitalter seit der Verkündung der Heilslehren von Smith und Marx

hat die Gewichte der Wertung verschoben, wobei die Höhe des Lebensstandards als Bewertungsfaktor gesellschaftlicher Geltung eine gefährliche Überbetonung erfahren hat. Darüber müssen wir uns klar sein, wenn wir über die Pflege natürlicher Reichtumsquellen urteilen wollen.

Die Reichtümer der Wirtschaftsgemeinschaften

Wenn wir uns auf den ökonomischen Bereich beschränken, so beuht der Reichtum einer Wirtschaftsgemeinschaft auf der Arbeitslei-

ursacht als die zur Deckung der effektiven Nachfrage erforderlichen Reichtumsquellen.

Wir wissen, daß eine solch extreme Auslegung des Begriffs „Wirtschaftlichkeit“ nirgends besteht und nirgends durchgeführt werden kann. Aber immer wieder taucht die Frage auf, ob Volkswirtschaften im Verlaß auf die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung nicht ganze Wirtschaftszweige aufgeben sollten, um ihre Arbeitskräfte lohnenderen Verarbeitungsprozessen zuzuführen, die einen höheren Lebensstandard gewähren. Diese Frage stellt sich keineswegs nur in den sogenannten Entwicklungsgebieten, denen man häufig den Vorwurf macht, daß sie in ihrem Streben, eigene Reichtumsquellen zu erschließen und für eine bedingte Selbstversorgung einzusetzen, unwirtschaftlich verfahren und einem unzeitgemäßen Autarkiegedanken nachhängen, der sich automatisch auf die Niedrighaltung des Lebensstandards auswirken muß. In viel pointierterer Weise tritt dieses Problem oft gerade in hochentwickelten Volkswirtschaften auf, bei denen trotz Mangel an Arbeitskräften eine unwirtschaftliche Ausnutzung der eigenen Reichtumsquellen aufrechterhalten wird. Dieses Problem umschließt alle Fragen der Agrarpolitik, der Schutzzollpolitik, der Forstpolitik, der Bergbaupolitik und jeder Subventionspolitik überhaupt.

Man muß das Problem in dieser Weite anpacken, um dem Vorwurf einer Interessenpolitik zu entgehen. Es handelt sich bei der Themenstellung nicht um die Frage, ob eine

Schutzpolitik für den deutschen Bergbau oder die deutsche Landwirtschaft berechtigt ist, sondern darum, ob die Pflege von natürlichen Gegebenheiten innerhalb eines bestimmten Raumes sinnvoll und notwendig ist, auch wenn die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben ist.

Im Zeichen fortschreitender Integrierung

War bisher im allgemeinen die Nationalwirtschaft Grundlage der Wirtschaftsgemeinschaft, so wird diese in Zukunft in wachsendem Maße von überregionalen Wirtschaftsräumen abgelöst. Mit dieser wirtschaftlichen Integration verschiebt sich aber das Gesamtproblem. Nationalwirtschaftlich konnte die Pflege der eigenen Reichtumsquellen als eine politische und wirtschaftspolitische Forderung zum Versorgungsschutz der Bevölkerung geltend gemacht werden, wie es heute bei jungen Nationalwirtschaften wieder der Fall ist. Aber auch die jungen Nationalwirtschaften werden früher oder später einem wirtschaftlichen Integrationsprozeß ausgesetzt sein, wie wir es heute schon im arabischen Raum beobachten können. Aber auch trotz der fortschreitenden Integration dürfte die Argumentation eines Versorgungsschutzes für die Bevölkerung nicht ohne weiteres hinfällig werden, wenn sie auch ihre nationale Note verliert. Erstens werden durch die wirtschaftliche Integration die politischen Hoheitsgebiete nicht aufgehoben, und zweitens werden auch zwischen den Integrationsräumen selbst die Fragen des Versorgungsschutzes weiterhin eine Rolle spielen. Die ungleiche Verteilung

der natürlichen Gegebenheiten schafft Abhängigkeiten, die nur zu leicht zu politischen oder wirtschaftlichen Repressalien benutzt werden können, wenn nicht die Möglichkeit einer Abwehr durch eine zeitweilige Eigenversorgung gegeben sind. Das hat nichts mit einem Wunsch nach Autarkie zu tun, es ist aber erforderlich, daß man die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse als reale Größen sieht. Es wäre nur zu begrüßen, wenn mit einer fortschreitenden weltwirtschaftlichen Verflechtung überall anerkannt wird, daß Repressalien aller Art verhängnisvolle Auswirkungen haben müssen.

Die Notwendigkeit organischer Strukturen

Zu dem Argument des Versorgungsschutzes, das vielleicht mit der Zeit seine noch bestehende Berechtigung verlieren wird, scheint mir aber bei der Betrachtung des ganzen Fragenkomplexes noch ein anderes Argument zu treten, das dagegen spricht, die Pflege natürlicher Reichtümer nur nach dem Maßstab der Wirtschaftlichkeit zu beurteilen. Jeder Raum und jede Gemeinschaft benötigt eine organische Struktur, um alle gesellschaftlichen Kräfte zur Entfaltung bringen zu können. Es ist schlechterdings unvorstellbar, daß die Bewohner ganzer Wirtschaftsräume nur als Verarbeiter von Grunderzeugnissen, die aus anderen Wirtschaftsräumen stammen, auftreten, nur weil das Gesetz der Wirtschaftlichkeit es fordert. Damit würden wir im Dienste eines materiellen Wohlstandes die Vielfalt des Lebens abtöten, und die aus einem



Unsere Bank steht seit 1870 im Dienste der deutschen Wirtschaft. Wir betreiben alle Zweige des Bankgeschäfts und gewährleisten durch unsere weitreichende Organisation schnelle Bedienung und gewissenhafte Beratung. Im Ausland unterhalten wir eigene Vertretungen in Amsterdam, Beirut, Madrid, Rio de Janeiro und Windhoek.

COMMERZ- UND DISCONTO-BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Hauptverwaltung Hamburg · 63 Geschäftsstellen in Norddeutschland

überspitzten marktwirtschaftlichen Prinzip hervorgegangenen Roboter dürften den planwirtschaftlichen Robotern an Leblosigkeit nicht viel nachstehen. Die Aufrechterhaltung einer organischen Struktur, mag sie auch einem fortdauernden Wandel ausgesetzt sein, ist Voraussetzung für die Erhaltung ausgewogener Gemeinschaften und für die Wiederbelebung aller jener Werte, die nicht nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip beurteilt werden können.

Wenn ich deshalb im Prinzip die Frage bejahen muß, ob die Pflege natürlicher Gegebenheiten sinnvoll ist, auch wenn die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben ist, so bedarf es doch hinsichtlich der Durchführung erheblicher Einschränkungen. Keinesfalls dürfen aus einer solchen Schutzpolitik Monopolrenten für die jeweiligen Eigentümer entstehen. Im ökonomischen Bereich muß trotz solcher Schutzzonen das Prinzip einer größtmöglichen Wirtschaftlichkeit aufrechterhalten bleiben. Die wirtschaftspolitische Führung muß mit viel Sorgfalt die Be-

reiche einer solchen Schutzpolitik abstecken und den Schutz so gestalten, daß er den möglichen Fortschritt nicht unterbindet. Wenn heute die Interessenten eines vielleicht gefährdeten Wirtschaftszweiges in opportunistischem Jargon zwar entrüstet jede Subventionierung ihrer Bereiche ablehnen und „nur“ die Schaffung gleicher Startbedingungen für den Wettbewerb verlangen, so geben sie sich einer Selbsttäuschung hin. In diesem Falle dürfte es meistens möglich sein, ohne Schutz der Gemeinschaft die Wettbewerbsfähigkeit aus eigener Anstrengung wiederherzustellen. Aber es wird immer wieder, und zwar überall auf der Welt, Bereiche geben, die eines Schutzes bedürfen, um sie nicht dem Wirtschaftlichkeitsprinzip zum Opfer fallen zu lassen; und die Opfer dafür, die immer in einer Minderung des Lebensstandards zum Ausdruck kommen, soll die Gemeinschaft dann auch bewußt ohne Ressentiments tragen. Wir können nicht aus dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit heraus die Erde veröden lassen. (h.)

„Pflege“ als Abbau und Nutzung

Dabei ist es heute manchmal ein wenig paradox, wenn zuweilen die „Pflege“ vorhandener „nationaler Schätze“ geradezu negative Formen anzunehmen droht. Unter dieser „Pflege“ versteht man schließlich nicht etwa das Stillruhenlassen z. B. der Wälder, der Kohlenflöze, des natürlichen Stickstoffs im Boden, also ihre Schonung — nein, ihre Ausschöpfung. Sollte nur an die Erhaltung von „Reserven“ gedacht sein, so müßte man sich ja damit begnügen, den Wald zu hegen, unwirtschaftliche Bergwerke vor Wassereinbruch zu behüten, für die Möglichkeit ihrer Nutzung im eventuellen Notfall zu sorgen, und derweilen Holz, Kohle und Erdöl, soweit es billiger ist, zu importieren. Eine Landwirtschaft sozusagen auf Abruf in Bereitschaft halten, das kann man natürlich nicht! Angst vor U-Boot-Kriegen oder Versagen überseeischer Zufuhr mag hier eine ähnliche Tendenz zum Inbetriebhalten auslösen, wie die Sorge, im Ernstfall nicht genügend Bergarbeiter zu haben, noch bedeutsamer erscheinen kann als Rücksicht auf die Beschäftigungspolitik, solange alternative Arbeitsstätten gegeben sind. Immerhin ist dort, wo man ausländische Arbeitskräfte von weither holen muß, wohl doch nicht selten die Grenze der Wirtschaftlichkeit erreicht und das Problem der Stilllegung der Grenzbetriebe manchmal aktuell.

Sicherlich gilt das auch in gewissem Umfange für den Luxus der nichtveredelten Landwirtschaft, den wir uns heute — entgegen der alten Lehren der „Thünenschen Kreise“ — erlauben, zum Teil im Zeichen der Versorgungsangst (ob uns wohl in Kriegszeiten östliche Invasionstruppen das Getreide lieben?), zum Teil auch im Hinblick auf die Volksgesundheit. Dabei sollte eine gesunde Siedlungs- und Dezentralisierungspolitik doch nicht mit einer Pappelung der Agrarwirtschaft verwechselt werden.

Hier allerdings läßt sich ein Rückblick auf die Wirtschaftspolitik nicht vermeiden: Augenfällig ist doch, daß dort, wo man unter „Pflege“ eine Förderung des Abbaues und der Nutzung versteht,

Aus gewerkschaftlichen Kreisen:

Natürlicher Reichtum — ein schillernder Begriff

Die Frage nach der Pflege nationaler Reichtümer läßt sich im engeren und weiteren Sinne stellen: im ersteren betrifft sie jenen Produktionsfaktor, den die Nationalökonomien unter dem Begriff des „Bodens“ zusammenzufassen pflegen. Dabei ist paradoxerweise in diesem Begriff nicht nur manches enthalten, was sich in und auf dem Boden, sondern auch solches, was sich im Bodenlosen befindet: Fische, Stickstoff der Luft, Wasserkraft, ja auch Meeres- und Sonnenenergie wird man hinzurechnen müssen. Und es dürfte — nicht zuletzt mit dem nuklearen Fusionsverfahren — eher das „Bodenlose“ in seiner Bedeutung im Vorschreiten begriffen sein.

Die Bodenproduktivität

Sombart hat die These aufgestellt, daß das Jahresprodukt einer Nation im Zusammenwirken persönlicher und sachlicher Elemente liegt. Für die letzteren hat er dabei den Begriff der „Bodenproduk-

tivität“ geprägt: es kommt darauf an, wie weit sich naturgegebene Kräfte und Stoffe nutzen lassen, — aber auch darauf, die Produktion auf möglichst viele Stoffe und Kräfte auszudehnen. Wo hier die Grenze liegt, das bestimmt der Außenhandel; man wird vernünftigerweise nicht Weintrauben in Schottland unter Glas züchten, wenn man sie billiger aus Frankreich bekommt.

Hier aber beginnt gerade das Problem: Wieviel soll eingeführt werden — was kann man selber produzieren? Wenn man Erz braucht und hat keines, so ist die Frage einfach. Der Zwang zum Handel, zum Export, geht sicherlich von der Tatsache aus, daß viele moderne Industriestaaten gewisser Rohstoffe so gut wie ganz ermangeln — die verarbeitenden „Einfuhrstaaten“ Sombarts werden zu führenden Exporteuren, die den „Bodenländern“ im Austausch ihre Rohstoffe abnehmen.

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
24 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

dies meist mit einer Sicherung der Privatinitiative Hand in Hand geht. Private Unwirtschaftlichkeit — heute weniger ausgesprochener Raubbau — wird hier nicht selten durch behördlichen Schutz prämiert. Es mag häufig dort, wo man eine echte Abgrenzung der privaten und öffentlichen Kosten wie die Vermeidung von Unwirtschaftlichkeiten anstrebt, eine Ausweitung des öffentlichen Eingriffs und der öffentlichen Lenkung — wenn nicht eine direkte Überführung in die öffentliche Hand — der sicherste Weg sein, um die Erhaltung wirklich notwendiger Produktionsstätten abzugrenzen gegen Raubbau einerseits und den Weiterbetrieb unökonomischer Produktionsstätten zwecks Prämienvereinnahmung andererseits.

Hier stellt sich das alte Problem der Abgrenzung „gesellschaftlicher“ und „privater“ Kosten. Wenn beispielsweise ein Unternehmer den Abbau von Rohstoffen vornimmt, weil dies angesichts niedriger Beförderungstarife auf den Bahnen lukrativ ist, diese Tarife aber von der Allgemeinheit subventioniert werden, dann handelt es sich eben nicht um eine Steigerung des Reichtums, sondern um seine Schmälerung: Man hätte mit denselben Mitteln andere Güter herstellen können, für die man im Austausch die Rohstoffe billiger hätte beziehen können.

Dort, wo es sich um Pflege im echten Sinne handelt, wo eben eine Mäßigung des Nutzungstempos zwecks Erhaltung bzw. Nachwuchs natürlicher Reserven erzielt werden muß, hat sich der Eingriff der öffentlichen Hand als unumgänglich erwiesen: So in der Forst- und Wasserwirtschaft (aus klimatischen und bodenpolitischen Gründen), indirekt auch im Fischereiwesen. Im letzteren Bereich stellen sich schwierige Probleme interna-

tionaler Zusammenarbeit, wobei manche Länder unter dem Vorwand eines Schutzes der Fischgründe eine Monopolisierung nationalen Raubbaus verhüllen mögen (Zwölfmeilenzone).

Die Arbeitskraft als natürlicher Reichtum

Nun ist die zweite Interpretation des Begriffes „nationaler Reichtum“ sicherlich die korrektere: danach wäre es die Gesamtheit der Produktionsfaktoren, die diese Reichtümer bilden. „Gleichwie die Volkreichmachung aus der Nahrung eines Ortes quillet, also entspringet die Nahrung aus der Gemeind“ — so sagte vor fast dreihundert Jahren bereits Johann Joachim Becher. Sicherlich würde eine solche Ausweitung des Themas die Frage nach dem zweckmäßigsten, nach dem „optimalen“ Einsatz der Produktionskräfte eines Volkes aufwerfen. Damit aber wäre die weitere Frage nach der „optimalen“ Wirtschaftspolitik überhaupt gestellt — einer Wirtschaftspolitik, die nicht unter außerökonomischen, „politischen“ Zielsetzungen, sondern allein im Sinne einer maximalen Wohlstandshebung gesehen werden müßte.

Unter Verzicht auf eine solche, unseren Rahmen sprengende Ausweitung des Themas, läßt sich nur folgendes sagen: Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, aber auch der anderer Länder (z. B. Japans und der Niederlande), in den Nachkriegsjahren hat unter Beweis gestellt, daß der Verlust von Rohstoffen, Bodenschätzen und Bodenflächen nicht die schwerste Katastrophe ist. Solange Arbeitskraft, fachliche Qualifikation und Leistungswille erhalten bleiben, kann Organisation und Erfindergeist selbst über fehlende „Reichtümer“ triumphieren — ja sogar Boden aus dem Bodenlosen hervorzau-

bern, wie in der niederländischen Poldergewinnung. Damit zeichnet sich der wichtigste „nationale Reichtum“ ab: die Arbeit. Man mag Zweifel darüber hegen, ob die Bundesbürger im Zeichen ihres Wirtschaftswunders sparsam genug damit umgegangen sind. In der ersten Periode des hektischen Überstundenwesens dürfte das sicherlich nicht der Fall gewesen sein. So ist die Welle der Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung letztlich nicht anders zu werten als ein Versuch zur Pflege und Rettung des wichtigsten unserer Reichtümer — der Arbeitskraft.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Reichtum im Übertempo des Aufbaus gefährdet war. Was zunächst angesichts der Zerstörung gerechtfertigt erschien, muß einem überlegten Haushalten mit den Kräften des schaffenden Menschen Platz machen. Die Tatsache, daß der weitaus größte Teil der Arbeitnehmer vor Erreichung der Altersgrenze ganz oder teilweise invalide wird, spricht Bände. Es ist nicht damit getan, daß man besser für diese Menschen sorgt — sei es auch im Zeichen einer überkomplizierten und vielleicht schon in ihrem Realwert überholten Rentenreform. Wichtiger noch ist es, daß man die „social costs“ eines frühzeitigen Verbrauchs unserer Arbeitskraft höher wertet als zusätzliche Kosten, die zeitweilig im Betrieb entstehen, nicht selten aber sehr bald durch Leistungssteigerung überkompensiert werden können. Und im Interesse dieses „Reichtums“ lassen sich gewisse Einschränkungen machen im Hinblick auf das, was über den Wert der Austauschbeziehungen gesagt wurde. Es mag Fälle geben, wo Überlegungen der Beschäftigungspolitik triumphieren über Erwägungen der internationalen Produktivität. (kue)

Soll unsere Landwirtschaft erhalten bleiben?

Zu den natürlichen Reichtümern einer Nation gehören neben den Bodenschätzen auch die land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen. Während über die Forstwirtschaft und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung kaum unterschiedliche Meinungen vertreten werden, gehen die Ansichten über unsere Landwirtschaft stark auseinander.

Wandel der Agrarpolitik

Im Zeichen der Selbstversorgerwirtschaft um jeden Preis unter dem nationalpolitischen Regime und besonders auch in den Nachkriegsjahren war die Existenzberechtigung der Landwirtschaft in keiner Weise in Frage gestellt; im Gegenteil, es wurde alles Menschenmögliche getan, um die heimische Agrarerzeugung zu heben. Nach 1945 fanden viele Ausgebombte, Flüchtlinge, Arbeitslose in der Landwirtschaft ein Auskommen. Um alle Bewohner gerecht und preiswert mit Nahrungsmitteln versorgen zu können, wurden die alten Marktordnungsgesetze zunächst beibehalten.

Die Wiedereingliederung der Bundesrepublik in den Welthandel mit Agrarerzeugnissen brachte zunächst der Landwirtschaft sichtbare Entlastung. Obwohl die eingeführten Nahrungsmittel in den ersten Jahren nach dem Kriege preismäßig weit über den heimischen Erzeugnissen lagen, wurde von der Regierung an der Preisbindung für Agrarerzeugnisse festgehalten. Es wurde versäumt, mit fortschreitendem Aufbau der Industrie die landwirtschaftlichen Preise freizugeben bzw. dem steigenden Lohn- und Preisniveau anzupassen. Dadurch kam das wirtschaftliche Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft völlig durcheinander. Um der wachsenden Unruhe unter den Landwirten Einhalt zu gebieten, wurde nach heftigen und eingehenden Debatten das Landwirtschaftsgesetz verabschiedet.

Heute nun stehen wir auf Grund der veränderten Verhältnisse vor einer neuen für die gesamte Volkswirtschaft entscheidenden Frage. Wir müssen uns nämlich auf die Europäische Wirtschaftsgemein-

schaft und unsere auf den Export von Industriewaren angewiesene Volkswirtschaft ernsthaft fragen, ob eine intensive landwirtschaftliche Nutzung unseres Bodens mit Hilfe von Marktordnungsgesetzen und Subventionen auf die Dauer noch vertretbar ist?

Landwirtschaft im Wettbewerb

Niemand wird ernsthaft bezweifeln, daß das weltwirtschaftliche Gleichgewicht noch im weitesten Sinne und in gefährlicher Weise gestört ist. Der langanhaltenden Rohstoffbaisse ist eine konjunkturelle Stagnation in den Industrieländern gefolgt. Die versteckte Arbeitslosigkeit in den Entwicklungsländern lähmt die wirtschaftliche Entfaltung. In der Bundesrepublik leben wir heute unter dem Zeichen der sogenannten „sozialen Marktwirtschaft“. Trotz allgemeiner Vollbeschäftigung kann man im landwirtschaftlichen Sektor in Anbetracht der zum Produktionsergebnis hohen Besetzung mit Arbeitskräften von einer „versteckten ländlichen Arbeitslosigkeit“ sprechen. Alle gegenwärtigen Klagen über unsere Landwirtschaft und ihre eigenen Klagen können zu einem nicht geringen Prozentsatz auf diese „versteckte ländliche Arbeitslosigkeit“ zurückgeführt werden. Durch den Einsatz moderner Betriebsmittel werden unter teilweise hohem Kostenaufwand Mengen von Agrarerzeugnissen produziert, die man noch vor Jahren nicht für möglich gehalten hätte. Niemand wird bestreiten, daß weniger und voll arrondierte Betriebe mit geringerem Arbeitsaufwand ebensoviel zu gleichen Preisen erzeugen könnten. Solange unsere landwirtschaftlichen Betriebe nur mit gleichen Klimazonen in Wettbewerb zu treten brauchten, könnten sich die rentabel bewirtschafteten ohne Mühe durchsetzen. Solange unsere Landwirtschaft aber mit Klimazonen frei konkurrieren soll, die über günstigere natürliche Voraussetzungen verfügen, ist sie hoffnungslos dem Untergang geweiht.

Sollen wir nun mit Rücksicht auf unseren Industrieexport unsere Grenzen für die Einfuhr von Agrar-

produkten völlig öffnen? Theoretisch könnten wir dann doch unsere Bevölkerung wesentlich billiger mit Nahrungsmitteln versorgen und zudem mehr Industrieerzeugnisse ausführen. Wie so oft im Leben, trägt auch hier der Schein; denn wo sollen allein die zwei Millionen arbeitslos gewordenen männlichen Inhaber bäuerlicher Betriebe ihren Lebensunterhalt verdienen, und wer soll die bisher von der Landwirtschaft abgenommenen Industrieerzeugnisse (mehr als 13 Mrd. DM) kaufen? Nur wenige arbeitslos gewordene Bauern würden in der Industrie Arbeit und und Brot finden.

Doch was würde geschehen, wenn wir uns weiterhin vom Weltmarkt mittels hoher Agrarzölle ausschließen? Auch diese Maßnahme hätte Arbeitslosigkeit infolge sinkender Industrieexporte zur Folge, was selbstverständlich nicht ohne Rückwirkungen auf unsere Landwirtschaft bliebe. Diese beiden extremen Fragen sind bewußt in den Vordergrund gestellt worden, weil es bei der in diesem Gespräch angeschnittenen Frage in erster Linie um das „Ob“ geht.

Neue Lebensimpulse für die notleidenden Gebiete!

Eine Möglichkeit, den Umfang der landwirtschaftlichen Nutzung unseres Bodens zu bestimmen, besteht in einer Neuregelung der Agrarpreise. Allerdings darf man hierbei gewisse Grenzen nicht überschreiten. Senkt man die Preise beispielsweise zu stark, so wird ein zu kräftiger Sog in Richtung Stadt auf die Landbevölkerung ausgeübt und erhebliche Gebiete von landwirtschaftlicher Bevölkerung entblößt. Man muß also danach trachten, der Landbevölkerung, deren Grund und Boden keinen ausreichenden Lebensunterhalt mehr bietet, eine neue wirtschaftliche Grundlage an Ort und Stelle zu schaffen. Geht die Abwanderung über ein bestimmtes Maß hinaus, so fallen diese Gebiete immer mehr auf den Stand von „Notstandsgebieten“ zurück. Ein typisches Beispiel hierfür stellen einige Departements Südfrankreichs dar. Dort ist in den letzten Jahrzehnten mehr als die Hälfte der Bevölkerung abgewandert.

Der einzige gesunde Weg, aus dem ewigen „circulus vitiosus“ des Agrarproblems herauszukommen, besteht in einer Wirtschaftspolitik, die im Zeichen der fortschreitenden Wirtschaftsverflechtung den „landwirtschaftlich unrentabel“ werden Gebieten neue Lebensimpulse gibt. Hierzu gehört die Verlagerung von Industriebetrieben, Krankenhäusern, Schulen usw. in diese Gegenden. Dadurch können die Landbewohner in ihrer alten Umgebung auf eigenem Grund und Boden weiterleben. Gewiß werden weite Flächen aufgeforstet und aufgesiedelt werden müssen, d. h. wir werden in weit stärkerem Maße als bisher sogenannte Nebenerwerbssiedlerstellen in unserem Landschaftsbild finden.

Von einem Konjunkturpolitiker:

Begrenzte Schutzmöglichkeiten in der Marktwirtschaft

Je lauter mit wachsenden Kohlenhalten der Ruf nach dem Staat als Helfer gegen die Konkurrenz von Importkohle und Heizöl ertönt, desto vernehmlicher werden auch die Stimmen, die vor einer Einengung der Außenhandelsfreiheit durch Einfuhrbeschränkungen warnen. In der Tat stehen die wirtschaftspolitischen Instanzen hier vor einer Frage grundsätzlichen Charakters, deren Geltung weit über den jüngsten konkreten Anlaß hinausreicht. Es braucht hier nur auf die kritische Entwicklung im Blei- und Zinkerzbergbau nach dem tiefen Fall der Weltmarktpreise verwiesen zu werden oder auf das Problem des Agrarprotektionismus, das durch die GATT-Forderung nach einem Abbau der immer noch bestehenden Einfuhrhemmnisse gerade wieder eine besondere Aktualität gewonnen hat.

Motive und Wirkungen

In jedem dieser Fälle handelt es sich darum, daß Wirtschaftszweige der sog. Urproduktion, d. h. der Nutzung von Boden und Bodenschätzen, unter dem Wettbewerbsdruck ausländischer Produzenten in Bedrängnis geraten. Ein ungehinderter internationaler Warenaustausch würde zweifellos gewisse Produktionsverschiebungen auslösen. Dieser Prozeß müßte

Industrie und Landwirtschaft werden in Zukunft in erster Linie nach dem Produktionsfaktor Arbeit — in übertragenem Sinne ein neuer natürlicher Reichtum — ausgerichtet werden müssen. Es ist durchaus denkbar, daß eine zweckmäßige und elastisch gehandhabte Neuorientierung der Wirtschaftspolitik im Hinblick auf unsere Infrastruktur zu einer Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts zwischen Landwirtschaft und Industrie und zu einer angemessenen Nutzung des natürlichen Reichtums Boden führt. Allerdings wird man in Zukunft mit einer Standortverschiebung hinsichtlich der Bodennutzung und in manchen Gebieten mit einer eventuellen Extensivierung rechnen müssen. (v. S.)

aber unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nur zu einer Verbesserung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung führen. Wenn dennoch wirtschaftspolitische Maßnahmen zum Schutz der nationalen Urproduktion gegen die Konkurrenz des Auslandes ergriffen werden, so stellt sich eindringlich die Frage nach den Motiven, falls nicht von vornherein — etwas resignierend — die innenpolitische Stärke betroffener Interessengruppen als ausschlaggebend anerkannt werden soll!

Ein besonderes Gewicht haben bei dem Schutz der nationalen Urproduktion beschäftigungspolitische Argumente. Im Prinzip wird dabei die Zielsetzung einer optimalen weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung nicht abgelehnt, sondern lediglich Mißtrauen in die schnelle Abwicklung des Anpassungsprozesses geäußert. Dagegen entfernen sich soziologische Rücksichten — so vor allem: Erhaltung des bäuerlichen Mittelstandes! — von der Orientierung an den wirtschaftlichen Standorten. Und erst recht gilt das für den strategischen Gesichtspunkt, in der Rohstoffversorgung weitgehend autark zu bleiben.

Die wirtschaftlichen Kosten der am häufigsten angewandten Protektionsmaßnahmen (Zölle, Einfuhr-

restriktionen, Subventionen) bekommen die übrigen Wirtschaftszweige in der Regel entweder in Form höherer Rohstoffpreise oder höherer Steuern zu spüren. In jedem Fall tritt eine Umverteilung des Volkseinkommen zugunsten des begünstigten Bereichs der Urproduktion ein. Die Widerstände in anderen Wirtschaftszweigen sind infolgedessen verständlich. Vor allem aber wird auch der Expansionspielraum der gesamten Volkswirtschaft, d. h. die Möglichkeit einer Steigerung des Volkseinkommens, eingeengt. Denn die Aufrechterhaltung der geschützten Produktion bindet Arbeitskräfte und Kapital, die mit größerem wirtschaftlichem Erfolg in denjenigen nationalen Wirtschaftszweigen tätig werden könnten, die weltwirtschaftlich den „richtigen“ Standort haben.

In internationaler Sicht stellt darüber hinaus die Protektion der Verwertung nationaler Naturreichtümer auf Kosten ausländischer Produzenten immer eine Form der „beggar-my-neighbor-policy“ dar. Das ist um so bedenklicher, als sich gerade „reiche“ Volkswirtschaften am ehesten den Aufwand eines effektiven Schutzes leisten können, während umgekehrt gerade „ärmere“, in der Regel weniger industrialisierte Volkswirtschaften für ihre wirtschaftliche Entwicklung und Einkommenssteigerung im besonderen Maße auf die Erhöhung der Deviseneinnahmen durch Ausfuhrsteigerung angewiesen sind.

Verschiedene Bewertungsmaßstäbe

Die grundsätzlichen ökonomischen Bedenken gegen eine protegierte Nutzung der natürlichen Produktivkräfte einer Volkswirtschaft auf Kosten einer gesteigerten internationalen Arbeitsteilung gelten selbstverständlich nur, solange die Wirtschaftspolitik vom Primat marktwirtschaftlicher Prinzipien bestimmt wird. Sie verlieren ihr Gewicht, sobald ausdrücklich sozialpolitische, soziologische oder strategische Gesichtspunkte den rein ökonomischen Werten übergeordnet werden. Darüber hinaus gibt es bestimmte Situationen, in denen der wirtschaftspolitische

Schutz für die Nutzung von Boden oder Bodenschätzen auch bei Anlegung marktwirtschaftlicher Maßstäbe seine Rechtfertigung findet.

Verdanken z. B. die ausländischen Standorte ihren Konkurrenzvorteil allein einem Entwicklungsvorsprung, dann kann ein befristeter Schutz für die inländischen Produzenten u. U. eine sogar wünschenswerte Angleichung der Wettbewerbsbedingungen herbeiführen. Auch wenn sich der Wettbewerbsdruck aus dem Ausland nur zeitweilig, etwa während einer konjunkturellen Stagnation, bemerkbar macht, ohne daß eine dauerhafte Belieferung von dort gewährleistet ist, so erscheint angesichts der geringen Produktionselastizität in Bergbau und Landwirtschaft eine vorübergehende Stützung der nationalen Erzeuger angebracht.

Ein besonders wichtiger Fall „marktgerechter“ Schutzpolitik ist gegeben, wenn die Wettbewerbsüberlegenheit der ausländischen Erzeuger nicht auf realen Kostenvorteilen, sondern allein auf staatlichen Förderungsmaßnahmen beruht. Da es hierfür eine Vielzahl von Möglichkeiten gibt, ist eine objektive Beurteilung äußerst schwierig. Einer derartigen Begründung protektionistischer Maßnahmen wird jedoch zu mindest innerhalb begrenzter Wirtschaftsräume der Boden entzogen, sobald dort die Integrationsbemühungen zu einer Abstimmung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen führen.

Unter Umständen ist die Schutzbedürftigkeit eines Wirtschaftszweiges aber auch die Folge der Wirtschaftspolitik des eigenen Staates. Hält die Regierung nämlich mit Zwang oder Überredung die Preise im Zeichen hoher Nachfrage unter ihrem Marktwert, so fehlen später leicht die Mittel, um auch eine „Durststrecke“ aus eigener Kraft überstehen zu können.

Der marktwirtschaftliche Charakter von Schutzmaßnahmen

Ist jedoch bereits eine kritische Situation eingetreten, die Schutzmaßnahmen rechtfertigt, dann stellt die Art der zu ergreifenden Maßnahmen noch ein besonders schwieriges Problem dar, wenn der marktwirtschaftliche Charakter möglichst

gewahrt werden soll. So verstoßen heute handelspolitische Restriktionen (einschl. Zollerhöhungen) eindeutig gegen den internationalen „guten Ton“, insbesondere wenn sie von einer währungspolitisch konsolidierten Volkswirtschaft ergriffen werden. Das gleiche gilt für direkte Subventionen, wenn es sich um exportierende Wirtschaftszweige handelt. Andererseits haben indirekte einkommensteuerliche Vergünstigungen (z. B. in Form von Abschreibungserleichterungen) in Zeiten mangelhafter Rentabilität naturgemäß nur eine geringe Wirksamkeit.

Als wirksame Stützungsmaßnahme verbleibt danach in erster Linie die Möglichkeit, den Unternehmen zu günstigen Bedingungen Kredite

aus staatlichen Fonds zur Verfügung zu stellen, um ihnen die drückende Last der Investitions- und evtl. Lagerfinanzierung zu erleichtern. Auf diese Weise könnte eine nachhaltige Verbesserung der produktiven Voraussetzungen durch verstärkte Rationalisierungsbemühungen eingeleitet oder fortgesetzt werden, während sich die preispolitische Bewegungsfreiheit gleichzeitig erhöht.

Auf jeden Fall aber sollten alle Möglichkeiten derartiger konstruktiver Hilfen ausgeschöpft werden, bevor unter Aufgabe der marktwirtschaftlichen Grundsätze die Zuflucht zu den bekannten Maßnahmen der zu Ende gehenden nationalwirtschaftlichen Epoche gesucht wird!
(G. G.)

Ein gefährliches Vakuum

Der in jüngster Zeit wieder verstärkte Flüchtlingsstrom aus der Ostzone hat für den Bestand des deutschen Staatsgebietes, für das deutsche Volk, aber auch für die Weltpolitik sehr bedenkliche Aspekte. Abgesehen davon, daß es nicht gerade ein Ruhmesblatt für ein staatliches Regime ist, wenn eine dauernde Abwanderung geistig hochstehender Menschen aus politischen Gründen stattfindet, so erweist sich das Regime selbst den schlechtesten Dienst, wenn es sich in seinem eigenen Hoheitsgebiet ein bevölkerungspolitisches Vakuum schafft. Und der Grad der Abwanderung aus der Ostzone, die seit Jahren eine Dauererscheinung ist, läßt tatsächlich ein solches Vakuum befürchten — vom geistigen Vakuum ganz zu schweigen. Natürlich kann es nicht unsere Aufgabe sein, den verantwortlichen Männern der Ostzone staatspolitische Ratschläge zu geben. Aber es geht nicht um den territorialen oder geistigen Bestand der Ostzone, sondern um den Bestand des deutschen Staatsgebietes, die soziologische Struktur des deutschen Volkes und um die weltpolitische Rolle, die Deutschland in der Stabilisierung Europas und des Weltfriedens spielen könnte.

Der deutschen Vorkriegspolitik ist — nicht zu Unrecht — oft der Vorwurf gemacht worden, daß sie der Intensivierung der westlichen Industrie die wirtschaftliche Entwicklung der Ostgebiete geopfert habe. Diesen Vorwurf hat gerade auch Polen zum Argument für seine politischen Ansprüche gemacht. Das Ost-West-Gefälle, das das Regime der Ostzone durch sein politisches Verhalten ausgelöst hat, bietet zu der früheren deutschen Ostpolitik eine gefährliche Parallele, gefährlich aber nicht nur für die Lösung der deutschen Frage, die ja in der Welt leider keine so sehr beachtete Rolle spielt, sondern gefährlich für das Ost-West-Verhältnis, und wenn man im Osten ehrlich sein wollte, gefährlich auch für das politische und wirtschaftliche Mächteverhältnis im Ostblock. Die Stärkung der politischen Stellung Polens, die sich automatisch aus einer Weiterentwicklung in dieser Richtung ergeben könnte, wird für Polen durch eine Verminderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit seines westlichen Nachbarn, auf die es in Anbetracht seiner eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten so angewiesen ist, mehr als aufgewogen. Aber auch für die Sowjetunion kann eine Entwicklung in dieser Richtung nicht wünschenswert sein.

Vielleicht könnte gerade die Erkenntnis des eigenen Nachteils, den eine solche Entwicklung auch für den Ostblock mit sich bringen muß, dazu beitragen, ihn für die Wiederaufnahme des Deutschlandgesprächs zugänglicher zu machen. Jedenfalls ist die Entwicklung in ein Stadium getreten, das die Deutschlandfrage zu einem weltpolitischen Problem macht. Und es ist dringend, daß der Westen erneut die Initiative ergreift, um die Deutschlandfrage im Interesse der weltpolitischen Stabilisierung zur Lösung zu bringen.
(sk)